Lieber Wachstum statt Kostenwahrheit : weshalb die ökologische Steuerreform politisch chancenlos blieb

Autor(en): **Guggenbühl, Hanspeter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 58

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651703

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hanspeter Guggenbühl

Lieber Wachstum statt Kostenwahrheit

Weshalb die ökologische Steuerreform politisch chancenlos blieb

Um die Natur zu erhalten und zu schützen, müssen wir sie preisen. Also den Gütern der Natur – von den natürlichen Ressourcen über die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten bis hin zum stabilen Klima – einen monetären Preis geben. Dieser Preis soll der Knappheit sowie Verletzbarkeit der Naturgüter Rechnung tragen. Damit lässt sich der Raubbau an der biologischen Kapazität stoppen oder zumindest bremsen, ohne die Staatseinnahmen zu erhöhen. Das ist, populär zusammengefasst, die marktwirtschaftliche Theorie, die hinter dem Begriff „ökologische Steuerreform" und den Konzepten für Lenkungsabgaben[1] steckt. Und das Schöne daran: Diese Theorie wird von links bis rechts anerkannt – solange sie nicht in die Praxis umgesetzt wird. Der folgende Beitrag widmet sich den Fragen, wie eine ökologische Steuerreform gestaltet werden kann, wie sie sich auswirkt, und weshalb in der Schweiz alle grundsätzlich als richtig anerkannten Modelle und Vorschläge auf der Strecke blieben.

Alte Idee, neu lanciert

„Ein neues Konzept für eine ökologische Steuerreform" präsentierte am 20. Februar 2010 die Grünliberale Partei (GLP) der Schweiz. Demnach soll die heutige Mehrwertsteuer ersetzt werden durch eine Energiesteuer. Um diese Forderung umzusetzen, planen die Grünliberalen zurzeit eine Volksinitiative. Neu ist ihr Konzept allerdings nicht. Denn schon im Sommer 1986, nachdem der Atomreaktor in Tschernobyl explodiert war, beschrieb der Ökonom und spätere Zürcher SP-Stadtpräsident Elmar Ledergerber im Auftrag der „Berner Zeitung" die gleiche Idee unter dem Titel „Energiesteuer statt Wust".[2] Der einzige Unterschied gegenüber dem „neuen Konzept" der Grünliberalen bestand darin, dass die Mehrwertsteuer vor 24 Jahren noch Warenumsatzsteuer (Wust) hiess.

Das Beispiel zeigt: Die Forderung, das Steuersystem zu ökologisieren, ist uralt. In den 1980er und frühen 1990er Jahren, als die Umwelt-, Energie- und Klimapolitik in der Schweiz einen höheren Stellenwert genoss als heute, sind mehrere Modelle für eine ökologische Steuerreform präsentiert worden. Sie alle bezweckten, schwindende Naturgüter wie nicht erneuerbare Energieträger, Rohstoffe, saubere Luft etc. ins marktwirtschaftliche Preissystem zu integrieren mit dem Ziel, diese natürlichen Ressourcen sparsamer zu nutzen. Oder wie es Technokraten formulieren: „Die Ressourceneffizienz zu erhöhen". Bei der ökologischen Steuerreform handelt es sich also keineswegs um eine revolutionäre Idee linker Gesellschafts-

veränderer oder grüner Weltverbesserer, sondern um ein systemkonformes marktwirtschaftliches Instrument, das den Kapitalismus reformieren soll.

Lenken statt finanzieren

Die meisten Modelle basieren auf einer Lenkungsabgabe, die auf den nicht erneuerbaren Primär-Energieträgern Kohle, Erdöl, Erdgas und Atombrennstoffe sowie Holz und Wasserkraft erhoben wird. Denn Primärenergie ist die Grundressource. Der Einsatz von Energie hängt eng mit dem gesamten Rohstoffverbrauch zusammen. Er beeinflusst auch die Landnutzung, Landwirtschaft, Besiedelung und mithin den energieintensiven Verkehr. Zudem tragen Energieverbrauch, Landwirtschaft und Verkehr wesentlich zur Belastung von Luft, Gewässern, Böden sowie zum Klimawandel bei. Als Alternative zur Energieabgabe werden auch Lenkungsabgaben auf Emissionen wie etwa CO_2 oder Methan postuliert, um dem Einwand Rechnung zu tragen, das Problem des Klimawandels sei nicht der Input von Energie, sondern der Ausstoss der Treibhausgase, allen voran von CO_2(Kohlendioxid). CO_2-Abgaben haben allerdings den Nachteil, dass sie nur die fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle erfassen. Damit begünstigt die CO_2-Abgabe eine Verlagerung auf unversicherbare Atomenergie, auf die Produktion von Agrartreibstoffen, was den Welthunger fördert, oder auf Holz, das oft aus Raubbau gewonnen wird.

Damit eine Abgabe wirksam lenkt, muss sie hoch sein. Damit sie keine ökonomischen Schocks auslöst, sollte sie aber auf tiefem Niveau eingeführt und danach langfristig voraussehbar und stufenweise erhöht werden. Diese Anforderungen erfüllte – zum Beispiel – die „Ökologische Steuerreform“[3], die Samuel Mauch und andere Autoren 1992 in ihrem gleichnamigen Buch präsentierten: Basierend auf den Marktpreisen von 1990 schlugen sie ab 1995 eine Energieabgabe von 15 Prozent vor, die danach jährlich um 7 Prozent steigen sollte. Das Resultat dieses Modells: Die Energiepreise wären unabhängig von den Marktpreisen bis zum Jahr 2010 auf mehr als den dreifachen Wert von 1990 gestiegen. Der Konsumentenpreis für Heizöl zum Beispiel läge heute über der Schwelle von 150 Franken pro hundert Liter. Strom würde durchschnittlich 46 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) kosten. Bei diesen Preisen wären nicht nur umfassende energetische Sanierungen von Altbauten sowie hocheffiziente Elektrogeräte rentabel, sondern auch Sonnenkollektoren zur Aufbereitung von Warmwasser oder die Stromproduktion aus Wind und Biomasse. Damit könnte sich der Bund Förderprogramme für Gebäudesanierungen ebenso sparen wie die Quersubventionierung von Strom aus Wind- und Biomasse-Kraftwerken. Gleichzeitig bekämen VerbraucherInnen und Firmen einen Anreiz, auf Verschwendung und unsinnige Anwendung von Energie zu verzichten.

Ertrag zurückverteilen

Progressiv steigende Energie-Lenkungsabgaben bringen, bevor sie eine Senkung des Verbrauchs einleiten, einen wachsenden Ertrag. Beim oben skizzierten „Modell Mauch" hätte die Schweiz bei gleichbleibendem Energiebedarf im Jahr 2010 aus der Energieabgabe einen Ertrag von rund 50 Milliarden Franken kassiert: Das ist ein Zehntel des Bruttoinlandprodukts (BIP). Im Unterschied zu normalen Steuern sollte dieser Ertrag aber nicht dazu dienen, zusätzliche Staatsleistungen zu finanzieren oder – wie bei Förderabgaben – irgendwelche Produkte oder andere Dinge zu subventionieren. Vor allem bürgerliche Parteien pochten stets darauf, Lenkungsabgaben dürften die Staatsquote nicht erhöhen. Wohin also mit dem hohen Ertrag?

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: kompensieren oder rückverteilen. Lenkungsabgaben können bestehende Steuern oder Sozialabgaben kompensieren, sei es durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer, wie es die Grünliberalen vorschlagen, oder durch die Senkung der AHV-Beiträge (Stichwort: „Energie statt Arbeit besteuern"). Diese Koppelung von Lenkung und Finanzierung erfordert allerdings eine laufende Anpassung der Abgabesätze. Denn solange die Lenkungsabgabe stufenweise erhöht wird, spült sie immer mehr Geld in die Staats- oder AHV-Kasse. Wenn sie ihre absolute Höhe einmal erreicht hat und bewirkt, was sie bewirken soll, nämlich die Reduktion des Energieverbrauchs, dann sinken die Erträge wieder. Besser ist deshalb folgendes Modell: Der Ertrag von Lenkungsabgaben wird – pro Kopf der Bevölkerung und pro Arbeitsplatz – an die Gesellschaft und Wirtschaft rückverteilt.

Bei diesem Rückverteilungs-System werden jene Personen und Firmen, die weniger Energie verbrauchen als der Durchschnitt, unter dem Strich finanziell belohnt; sie erzielen also einen „Öko-Bonus". Wer hingegen mehr Energie verbraucht, muss mehr zahlen, als er rückvergütet bekommt, erleidet also einen Öko-Malus. Bonus und Malus bieten damit den erwünschten ökonomischen Anreiz, den Verbrauch von knapper werdender Energie oder andern Naturgütern zu vermindern oder von energieintensiven auf weniger Energie verschlingende Produkte und Fabrikationsprozesse umzusteigen. Zudem leistet diese Form von ökologischer Steuerreform einen sozialen Ausgleich. Denn arme Leute konsumieren in der Regel weniger Energie als reiche. Die steigende Energie-Lenkungsabgabe fällt für tiefe Einkommen damit weniger ins Gewicht als die ebenfalls steigende Rückerstattung des Ertrags. Ausnahmen von dieser Regel mag es geben – etwa für schlecht verdienende Mieter in schlecht isolierten Wohnungen. Doch die Dämpfung solcher Härtefälle ist nicht Aufgabe der Energie-, sondern der Sozialpolitik.

Im Prinzip ja, im konkreten Fall nein

Die Modelle für ökologische Steuerreformen stammen primär aus den Federn von liberalen Ökonominnen und Ökonomen. Für ihre politische Umsetzung haben sich vor allem SP-Leute, Grüne und Umweltorganisationen eingesetzt. Im Prinzip unterstützten auch bürgerliche Parteien staatsquoten-neutrale Lenkungsabgaben. „Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen", schrieb etwa die Freisinnig Demokratische Partei (FDP) schon 1987 in ihrem „Manifest für Umweltschutz". Und 1992 genehmigten die FDP-Delegierten ein Positionspapier „für den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik". Darin verlangte die FDP die „schrittweise Verteuerung der nicht erneuerbaren Energie".

Doch sobald es konkret wird, sobald Vorschläge für ökologische Steuerreformen auf die politische Traktandenliste gelangen, vergessen die bürgerlichen Parteien ihre hehren Prinzipien. Zusammen mit den Wirtschaftsverbänden bekämpften sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten alle Vorlagen für ökologisch orientierte Lenkungsabgaben. Dabei nutzten die kurzsichtigen Sachwalter der real existierenden Wirtschaft die Kraft des konstruktiven Widerstandes: Stand eine Lenkungsabgabe auf Energie zur Debatte, argumentierten sie, eine Lenkungsabgabe sei schon recht, doch diese müsse auf den Emissionen erhoben werden. Als es aber darum ging, eine Abgabe auf der Emission CO_2 einzuführen, gaben sie der Energieabgabe wieder den Vorzug. Mit dieser Hinhaltetaktik bodigten Freisinn und SVP zusammen mit den Wirtschaftsverbänden erfolgreich alle Vorlagen für Energie-Lenkungsabgaben. Jahrelang haben sie auch die Einführung einer Abgabe auf den Emissionen von CO_2 (Kohlendioxid) verzögert. Und als die – im CO_2-Gesetz von 1999 subsidiär vorgesehene – CO_2-Abgabe sich nicht mehr verhindern liess, sorgte die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat und im Parlament dafür, dass die Abgabesätze unwirksam klein und auf Brennstoffe beschränkt blieben. Das Resultat: Die Schweiz ist und bleibt innerhalb Europas eine Oase für billiges Heizöl, billiges Benzin und tiefe Strompreise.

Fördern statt lenken

Gerade umgekehrt verhält es sich bei Steuern oder Abgaben, die dazu dienen, Massnahmen zum Energiesparen, erneuerbare Energien oder ökologisch weniger belastende Verkehrsträger staatlich zu fördern, also zu subventionieren. Im Prinzip lehnen bürgerliche Parteien solche „Förderabgaben" ab, weil sie die Staatsquote erhöhen oder den Markt verzerren. Im konkreten Fall hingegen gab es immer wieder Koalitionen zwischen Linken und Grünen auf der einen Seite, die Förderabgaben als Ersatzdroge für entgangene Lenkungsabgaben forderten, und bürgerlichen Ge-

werbevertretern im Parlament, deren Branchen von Förderabgaben direkt profitieren. Dank diesen Allianzen gibt es in der Schweiz – zum Beispiel – den Fonds für den öffentlichen Verkehr, über den der Bund 20 Milliarden Franken in die unrentablen Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) verlocht. Oder das nationale Förderprogramm für die energetische Sanierung von Altbauten, das neuerdings durch die teilweise Zweckbindung der bescheidenen CO_2-Lenkungsabgabe finanziert wird. Oder temporäre Subventionsprogramme, die unter dem Schlagwort „ökologischer Umbau" verkauft werden, aber primär dazu dienen, bestimmte Branchen zu fördern oder die Konjunktur anzukurbeln. Oder den „Klimarappen" als Mittel zur Finanzierung des Ablasshandels gegen den Klimawandel.

Zu diesen ökologisch orientierten Fördermodellen gehört auch die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Dabei wird konventionell erzeugter Strom mit einer Abgabe belastet. Der Ertrag daraus dient zur Quersubventionierung von Anlagen, die Strom aus Biomasse, Wind- und Solaranlagen sowie kleinen Wasserkraftwerken (bis zehn Megawatt Leistung) erzeugen. Angeschoben haben dieses Konzept wiederum Linke und Grüne, die sich gegen Atomkraftwerke und für eine erneuerbare Stromversorgung engagieren. Im Parlament fanden sie die Unterstützung von bürgerlichen Vertretern der Berggebiete, der Bau- und der Landwirtschaft sowie der „Clean-Tech"-Branche. Doch die anfängliche Euphorie über die KEV weicht mittlerweile der Ernüchterung. Denn mit dem KEV-Geld subventioniert der Staat in erster Linie Kleinwasserkraftwerke, die den letzten frei fliessenden Flüssen und Bächen das Wasser abgraben, sowie Wind- und Biomasse-Kraftwerke, die nur deshalb nicht rentieren, weil die ökologische Steuerreform auf der Strecke blieb.

Prinzipien haben keine Lobby

Wie kommt es, dass prinzipiell als richtig befundene Lenkungsabgaben in der Praxis stets scheiterten, und dass prinzipiell als falsch beurteilte Förderabgaben sich in der Schweiz durchsetzen konnten? Für diesen Widerspruch zwischen Grundsätzen und Beschlüssen, der die politische Umsetzung blockiert, gibt es mehrere Erklärungen.

Grundsätzlich geniesst die Natur überall viel Sympathie. Zudem bildet ihre Nutzung die Grundlage jeder wirtschaftlichen Tätigkeit. Der Vorschlag, das Kapital der Natur ins wirtschaftliche Preissystem zu integrieren, leuchtet deshalb ein. Aus diesen Gründen findet die ökologische Steuerreform Anklang, solange sie Theorie bleibt. Doch sobald handfeste wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, fehlt der Natur eine politisch und vor allem ökonomisch starke Lobby. Das Gleiche gilt für die ökologische Steuerreform: Ordnungspolitische Grundsätze mögen die Parteiprogramme verschönern, aber sie bedienen keine Interessen, haben folglich wenig Macht und politische Durchsetzungskraft. Im konkreten Fall ist die

Plünderung eines Naturgutes hier und jetzt meist lukrativer als der Schutz der Natur als langfristige Lebensgrundlage.

Umwelt- und Klimaschutz ist zwar gut, solange man damit etwas verdienen kann, sofern sich damit etwas verkaufen lässt. Dem tragen die – grundsätzlich verpönten – Förderabgaben Rechnung. Denn Förderabgaben subventionieren in der Regel zusätzliches Tun, ohne bestehendes in Frage zu stellen. Gebäudeprogramme etwa kurbeln die Sanierung von Altbauten an und damit den Umsatz der Bauwirtschaft. Sie verhindern aber nicht, dass unsanierte Altbauten mit lausiger Energiebilanz weiterhin betrieben werden, weiterhin Energie konsumieren können. Die kostendeckende Einspeisevergütung begünstigt zwar die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie, verhindert aber keine neuen Atom- oder Kohlekraftwerke.

Anders verhält es sich bei Lenkungsabgaben. Das illustriert wiederum das „Modell Mauch". Hätte die Schweiz diese ökologische Steuerreform 1995 eingeführt und damit die Energiepreise bei gleichbleibenden Marktpreisen verdreifacht, hätten Hausbesitzer heute zwei Möglichkeiten: Entweder Altbauten auf eigene Kosten energetisch optimal zu sanieren. Oder das Risiko einzugehen, für Altbauten mit hohen Energiekosten keine Mieter mehr zu finden und diese Häuser nicht mehr nutzen zu können. Autoproduzenten würden weniger übermotorisierte Modelle anbieten, Automobilisten ihren Kilometerkonsum vermindern, und Stromproduzenten hätten ihre Pläne für neue Atomkraftwerke längst begraben. Eine ökologische Steuerreform, die stark steigende Energiekosten nach sich zieht, bewirkt nicht nur Investitionen in energieeffizientere Technik. Sie bietet zusätzlichen einen Anreiz, unproduktive Energieanwendungen zu unterlassen. Doch solche Unterlassungen reduzieren nicht nur den Energieverbrauch, Verkehrskonsum sowie unsinnige Transporte. Sie vermindern auch den Umsatz und damit das Wachstum der jeweiligen Branche.

Umsatz kontra Produktivität

Der Markt, so lehren die Ökonomen, erhöht die Produktivität.[4] Damit der Markt unverzerrt und unverfälscht funktioniert, müssen die wachsenden sozialisierten Kosten, die der Verbrauch von natürlichen Ressourcen nach sich zieht, internalisiert und den Verursachern angelastet werden. Eine ökologische Steuerreform, die das tut, erhöht die Effizienz des Naturverbrauchs und mithin die Produktivität der Wirtschaft insgesamt. Das ist gut. Der mit Lenkungsabgaben verteuerte Naturverbrauch schmälert aber den Umsatz von Energieverkäufern sowie von energie- und rohstoffintensiven Branchen. Deshalb wehren sich die betroffenen Branchen und ihre Sachwalter in den Parlamenten gegen konkrete Vorlagen für ökologische Steuerreformen.

Gewiss, innerhalb der Wirtschaft gibt es neben Verlierern immer auch Gewinner. Die auf energetische Sanierungen spezialisierte Bauwirtschaft

etwa profitiert von Lenkungsabgaben, welche die Energie verteuern, ebenso wie von Förderabgaben, die Sanierungen durch Subventionen verbilligen. Wenn Energie teurer wird, verlagert sich die Rentabilitätsschwelle, zum Beispiel von energieintensiver Landwirtschaft zu arbeitsintensiverem biologischem Landbau. Oder von globaler zu regionaler Produktion. Der Umsatz, den die eine Branche verliert, kann eine andere Branche gewinnen. Das gilt sowohl für Förder- als auch für Lenkungsabgaben.

Doch Lenkungsabgaben, welche die sozialisierten Kosten des Energie- und übrigen natürlichen Ressourcenverbrauchs den Verursachern voll anrechnen, sind in der Regel produktiver als Förderabgaben. Sie steigern nicht nur die Effizienz des Energieverbrauchs oder den Umstieg auf erneuerbare Energien. Zusätzlich begünstigen sie auch die Suffizienz, zu deutsch: Genügsamkeit.[5] Zum Beispiel bieten hohe Lenkungsabgaben einen finanziellen Anreiz, energieintensive oder energieverschwendende Tätigkeiten ersatzlos zu unterlassen. In diesem Fall bewirkt mehr Produktivität weniger Umsatz insgesamt und damit weniger Wachstum. Förderabgaben hingegen können auch unproduktive oder ökologisch sogar schädliche Investitionen fördern, wie das Beispiel der KEV zeigt. Förderabgaben fördern damit weniger die Produktivität als vielmehr den Umsatz von begünstigten Branchen und mithin das Wachstum insgesamt.

Im Konflikt zwischen Produktivität und Umsatz, zwischen Naturschonung und Wirtschaftswachstum, genossen Umsatz und Wachstum stets Vorrang. Deshalb konnte sich die grundsätzlich als richtig befundene ökologische Steuerreform in der Praxis nicht durchsetzen.

Anmerkungen

1 Lenkungsabgaben dienen dazu, externe respektive sozialisierte Kosten zu internalisieren, also ins Preissystem der Wirtschaft zu integrieren, um Kostenwahrheit herzustellen. Lenkungsabgaben bezwecken, eine gewünschte Entwicklung über Preissignale respektive negative wirtschaftliche Anreize herbei zu führen, zum Beispiel die Einsparung von Energie oder andern natürlichen Ressourcen. Lenkungsabgaben haben keine Finanzierungsfunktion. Deshalb soll ihr Ertrag nicht zur Erhöhung der Staatseinnahmen oder zur Subventionierung von irgendwelchen Gütern verwendet, sondern anderswo kompensiert oder rückverteilt werden. Damit unterscheiden sich Lenkungsabgaben von Förderabgaben. Förderabgaben werden erhoben, um Geld zu erhalten, mit dem sich erwünschte, aber (noch) unrentable Güter oder Dienste gezielt fördern – sprich: subventionieren – lassen. Dazu gehören alternative Energien, Verkehrsmittel oder Investitionen in die Energieeffizienz. Bei der Lenkungsabgabe ist die Abgabe das Ziel, bei der Förderabgabe der Ertrag. In der Regel sind Lenkungsabgaben viel höher als Förderabgaben.

2 Erschienen in der Berner Zeitung vom 30. September 1986 im Rahmen des Reports „Ausstieg – was dann"? Bemerkenswert ist, dass die bürgerliche BZ damals in einer umfangreichen Serie ein Konzept für den Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie präsentierte. Dieses Konzept basierte auf einer Studie der Wissenschaftsgemeinschaft Infras; sie wurde unter Federführung des damaligen Infras-Mitbesitzers Elmar Ledergerber erstellt.

3 Samuel Mauch, Rolf Iten, Ernst U. von Weizsäcker, Jochen Jesinghaus: Ökologische Steuerreform. Europäische Ebene und Fallbeispiel Schweiz. Chur/Zürich 1992.

4 Der Begriff Produktivität wird hier eingesetzt als Synonym für Effizienz. Mehr Produktivität bedeutet allgemein, mit gleichem Aufwand mehr Ertrag zu erzielen. Oder mit weniger Input an Arbeit, Finanz- oder Naturkapital den gleichen Output zu erreichen. Die Steigerung der Produktivität kann also mit einer Stabilisierung oder gar mit einem Rückgang des Umsatzes einher gehen. Deshalb sind die Begriffe Produktivitätssteigerung und Wirtschaftswachstum, die viele Ökonomen meist in einem Atemzug nennen, nicht zwangsläufig miteinander verknüpft. Der Gewinn aus mehr Produktivität kann zum Beispiel in Form von Arbeitszeitverkürzung abgeschöpft werden.

5 Ausführungen dazu in Hanspeter Guggenbühl: Das Wachstum frisst die Effizienzgewinne. In: Widerspruch Heft 54, Energie und Klima, Zürich 2008, 66 ff.

X 2 2010

Alles wird gut: Kritik des Guten Kapitalismus | Guter Unternehmer | Gute Arbeit in der Krise | Buen Vivir | Moderner Sozialismus? | Sloterdijk-Debatte | Wut und Vertrauen

Alex Demirović | Hansjörg Herr | Sabine Nuss | Birgit Stahl
Klaus Priegnitz | Ana María Larrea | Rainer Land | Michael Brie
Wolfgang Fritz Haug | Beat Ringger | Eva Illouz | Falk Richter
Klaus Weber | Jan Rehmann | u.a.

Juni 2010, 160 S., VSA: Verlag
10,– €; Jahres-Abo 30,– € (4 Hefte), Ausl. 40,–€ , erm. 20,– €

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Redaktion: luxemburg@rosalux.de, www.zeitschrift-luxemburg.de